

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Kästner, Berlin.
Verleger: Kurt Schumacher 4190/4191



Stipendium für Verlag und Redaktion:
Berlin G 2 01, Tele. Köpenick-Platz 6
Verleger: Köpenick

Die Gesellschaft ist im Besitz der
des Staats ist nur auf Grund gesetzlicher Bestimmungen erlaubt. Alle Rechte vorbehalten. Druck
an den Verleger, wenn nicht anders angegeben in Verbindung mit dem Namen des Verlegers.

Berlin, den 22. Febr. 1933.

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

Zucht und Ordnung?

Die neuen Sitten im erwachten Deutschland.

SPD. Im "Admiralspalast" der Reichshauptstadt, wie die Berliner ihr Polizeipräsidium ungetauft haben, vollzog sich am vergangenen Freitag die Machtübergabe an die Nationalsozialisten. Papens Vertrauensmann, Herr Melcher, musste gehen und der Erwählte des preussischen Innenkommissars Goering: Admiral v. Levetzow, trat an. Mit einer Rede an die Offiziere und Beamten, kurz, zackig, schneidig, ganz wie bei Wilhelm II. "November 1918, größtes Verbrechen deutscher Geschichte, wiedergutmachen, erwarte Ihre Unterstützung, in Berlin wieder Ordnung, Sauberkeit, Zucht und Sitte herzustellen".

Einige Stunden später, gegen fünf Uhr abends, drangen, wie der Polizeibericht meldete, fünfzehn uniformierte SA-Studenten in die staatliche Kunstschule in Berlin-Schöneberg, holten vier Professoren aus dem Prüfungssaal und trieben sie auf die Strasse. Darauf vernagelten sie die Türen der Schulzimmer mit eisernen Krampen und Nägeln, die sich widersetzenden Lehramtskandidaten "wurden gewaltsam zurechtgewiesen" und als Siegeszeichen, auf dem Gebäude der Akademie, die Hakenkreuzfahne gehisst. Nicht ein einziger Täter ist dem Polizeipräsidium zugeführt oder verhaftet worden. Zucht und Ordnung?

Im Ausland hat dieser Akt "spontaner Empörung" und die Art, wie Polizei und Behörden darauf reagierten, beträchtliches Aufsehen erregt. Nicht so in Berlin und nicht in Deutschland. Der Ueberfall auf die Kunstakademie war nur ein Zwischenfall im Rahmen des allgemeinen Geschehens und in dem sichtbaren Bemühen um Ordnung, Zucht und Sitte. Zu ihrer Förderung folgte der Runderlass des Herrn Innenkommissars Goering an die preussische Polizei, mit der Anweisung, die Bestrebungen und Propaganda der nationalen Bewegung und ihrer Organisationen, SA, SS, Stahlhelm, tatkräftig zu unterstützen und rücksichtslos gegen die Gegner von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, eher zu viel als zu wenig. Dieser Erlass erinnert an ein Intermezzo in Berlin-Friedenau, das einige Tage vorher sechzehn SA-Leute in der Gastwirtschaft einer Witwe aufführten. Gegen Mitternacht drangen sie auf Kommando durch Türen und Fenster in das Arbeiterlokal. Die Wirtin, ein 72jähriger Mann und fünf andere, beim Kartenspiel sitzende Gäste, wurden mit vorgehaltenen Revolvern gezwungen aufzustehen und die Hände hochzuhalten. Der protestierende alte Mann erhielt Schläge, die Einrichtung wurde kurz und klein gehauen und zum Schluss erhielt die Wirtin, deren Sohn in Frankreich gefallen ist, einen tödlichen Schuss in den Leib. Auch diese sechzehn SA-Männer dienten mit Lust und Liebe der nationalen Bewegung, zur Erneuerung Deutschlands und für Zucht und Sitte!

Diese hehren Tugenden werden neuerdings auch in den überwiegend katholischen Gegenden verbreitet. So am Montag in Kaiserslautern, nach einer Rede des früheren Reichskanzlers Brüning. Hier überfiel die SA einen Umzug der "Bayernwacht". Ein Toter und einige Schwer- und Leichtverletzte waren das Ergebnis.

Am Dienstag-Abend war in Krefeld eine geschlossene Mitgliederversammlung und Kundgebung der Zentrumspartei das Objekt "nationaler" Sitte und Erziehung. Die Kundgebung wurde von widerrechtlich und gewaltsam eingedrungenen SA-Leuten gesprengt. Zu den Misshandelten gehört der Führer der christlichen Gewerkschaften und frühere Reichsarbeitsminister Stegerwald. Die Polizei hat dabei nicht nach dem Runderlass des Innenministers Goering gehandelt. Sie versuchte die SA zu beruhigen, was ihr "tätliche Angriffe" eintrug.

Ähnliche Vorkommnisse werden vom gleichen Abend aus Zentrumsveranstaltungen in Münster und Trier gemeldet. Insgesamt sind in der vorletzten Nacht in den verschiedenen Gegenden Deutschlands sechs Menschen durch Ueberfälle oder politische Zusammenstöße getötet, dreissig leicht und zwölf lebensgefährlich verletzt worden. Zwei Tote gab es in Berlin-Spandau. Am Mittwoch wurde bereits am Vormittag in der Reichshauptstadt ein sozialdemokratischer Flugblattverteiler auf offener Strasse durch einen Bauchschuss niedergestreckt. Ordnung, Zucht und Sitte?

Es scheint auch zu dieser Ordnung und Sitte zu gehören, Männer wie Braun und Severing wahrheitswidrig und wider besseres Wissen an allen Plakatsäulen als Diebe zu bezeichnen. Der "Völkische Beobachter" versteht die von Herrn v. Levetzow verlangte Sauberkeit des öffentlichen Lebens derart, dass er die Zentrumspartei eine "Breschbatterie gegen Deutschland" nennt, und in diesem Artikel von der Partei Brünings und Stegerwalds sagt: "Wir bestreiten ihr jedes moralische Recht irgendwelche Kritik zu üben; ihre Führer gehören von Rechts wegen vor den Staatsgerichtshof... Das wutverzerrte Gesicht der Verderber Deutschlands blickt uns heute aus jeder Zentrumszeitung entgegen, der Infernalische Hass gegen das nationalistische Erwachen tönt aus jeder Zentrumsrede." Mit derselben Zentrumspartei wollten Hitler und Goering noch vor wenige Wochen eine gemeinsame Regierung bilden.

Das sind die neuen Sitten in Wort und Tat! Was hilft es, wenn Hitler in einem Aufruf an die SA die Störer und Stürmer der Zentrumsversammlungen als "Provokateure" abschüttelt und die Nazianhänger auffordert gegenereische Versammlungen zu meiden? Das Strassenpflaster rötet sich vom Blut der Opfer des Bürgerkrieges. Immer länger wird die Reihe der Toten. Sie sind stumm und zeugen dennoch laut und vernehmlich von der Zucht und Ordnung im "erwachten" Deutschland.

SPD. Stuttgart, 22. Februar (Eig. Dr.)

In Württemberg rechnet man ernsthaft mit einer Aktion der Hitler-Regierung gegen das Kabinett Bolz. Das ergibt sich u. a. auch aus Reden des württembergischen Staatspräsidenten und des württembergischen Wirtschaftsministers.

Staatspräsident Bolz sprach in einer Versammlung in Ebingen von einer Württemberg angedrohten "Massregelung", weil man sich hier nicht "brav" verhalten hätte. Der Reichsinnenminister habe es ihm besonders verübelt, dass er gesagt habe, der Aufruf der Reichsregierung hätte keinen Inhalt. Er müsse aber ganz offen sagen, dass er auch heute noch darin keinen Inhalt finden könne. Die Verhältnisse in Württemberg seien in jeder Beziehung "geordnetere" als anderswo. Württemberg habe seine Pflicht auch gegen das Reich in vollstem Umfange erfüllt. Darum seien die Drohungen gegen Württemberg nur so zu erklären, dass man nicht nur in Preussen, sondern auch in anderen Ländern die absolute Machtvollkommenheit erlangen möchte. Da die Reichsregierung den Wahlkampf selbst gewollt habe, müsse sie schon gestatten, dass man die bestehenden Gefahren aufdecke. Sie würden aber durch die Drohung eines "Eingreifens" von Berlin aus nicht beseitigt werden. Eine solche Art des Regierens bedeute kein Aufbau sondern Zersplitterung.

Noch deutlicher wurde Wirtschaftsminister Dr. Maier in einer in Bruchsal abgehaltenen Versammlung, die übrigens von den Nationalsozialisten durch Ge-

walttätigkeiten zu sprengen versucht wurde. Maier sprach von Denunziationen und Verdächtigungen wider die Regierung Hitler in Süddeutschland, die in Berlin eingelaufen seien. Die Nationalsozialisten wollten die Polizei auch im Süden Deutschlands in die Hand bekommen und planten den ersten Angriff auf Württemberg, um von dort aus die süddeutschen Länder "aufzurollen". Man sei in Württemberg jetzt auf der Suche nach einem "Vorwand". Der Reichsinnenminister sei auch auf die Rückfrage der württembergischen Regierung hin ernsthaft bei seinem Standpunkt verblieben, dass die Störung der Rundfunkübertragung von Hitlers Stuttgarter Rede durch einen Kommunisten eine Schuld der württembergischen Regierung sei und bleibe. Es dürfe aber der ganzen deutschen Öffentlichkeit nicht länger verschwiegen werden, dass Dinge konkret erwogen würden, die gegen die Selbständigkeit des Landes Württemberg gerichtet sind, dass Württemberg aus Gründen der hohen Politik als erstes der süddeutschen Länder einem Akt der Willkür anheimfallen solle. Württemberg habe aber nicht nötig, "Filiale von Berlin" zu werden.

SPD. "Völlige Aufhebung der Krankenschein- und der Arzneigebühr" haben die Nazis verlangt, bevor Hitler Reichskanzler wurde. Jetzt sind sie sehr bescheiden geworden und preisen die angekündigte Ermässigung der Krankenschein-gebühr auf 25 Pfennig als eine grosse Tat. Dabei verschweigen sie, dass für die Mehrzahl der Versicherten die Gebühr bisher nicht höher war als 25 Pfennig. Bei einem Grundlohn bis zu 4 Mark täglich (Wochenlohn 24 Mark) betrug die Gebühr 25 Pfennig. Durch den neuen Kabinettsbeschluss werden also nur die Arbeiter begünstigt, deren Wochenlohn höher ist als 24 Mark. Das ist bei den heutigen Löhnen und der Kurzarbeit die Minderheit. Die viel schlimmere Arzneigebühr wird nicht ermässigt, obwohl sehr häufig die verschriebenen Medikamente nicht geholt werden können, weil die Kranken keine 50 Pfennig besitzen.

Um die enttäuschten Nazianhänger über die völlig unzulänglichen Massnahmen der Hitlerregierung zu beschwichtigen, wird getröstet, dass eine gründliche Reorganisation des gesamten Krankenkassenwesens vorgenommen werden müsse, bevor eine gänzliche Aufhebung der Krankenscheingebühr erfolgen könne. Eine solche Reorganisation wird ebenfalls nur auf Kosten der Versicherten möglich sein. Die Umgestaltung der Krankenkassen und die Verminderung ihrer Betriebskosten ist nur durch eine Beseitigung der Zersplitterung des Krankenkassenwesens möglich. Das haben bisher die Unternehmer verhindert. Sie werden es unter Hugenberg-Papen-Hitler weiter tun.

Viel Geschrei und wenig Wolle, das gilt auch für die Krankenkassen-Verordnung der Hitlerregierung.

SPD. Opladen, 22. Februar (Eig. Drahtb.)
In Opladen wurde eine Versammlung des sozialdemokratischen Reichstags-abgeordneten Hilferding auf Anordnung des Polizeigruppenkommandos West aufgelöst. Auf dem Heimweg wurde ein Reichsbannerzug zwischen Opladen und Leverkusen überfallen und beschossen. Zwei Reichsbannerleute sind durch Beinschüsse, zwei andere und eine Frau durch Schläge verwundet worden.

Vor der Versammlung hatten die Nazis der Polizei offiziell angekündigt, die Versammlung werde gesprengt. Landrat Trimborn erstattete gegen die Urheber dieser Drohung Anzeige wegen Nötigung. Gleichzeitig wurden starke Polizeikräfte zum Schutze der Versammlung aufgeboten. Die Nazis rückten mit acht Hundertschaften an, die aus der gesamten Umgegend zusammengezogen waren. Die gleiche Anordnung hatte das Reichsbanner gegeben. Opladen glich einem Kriegslager. Landjäger, Ueberfall-Kommandos und kommunale Polizei hielten Ruhe und

Ordnung aufrecht und untersuchten jeden Versammlungsbesucher nach Waffen. Kurz nach Eröffnung der überfüllten Kundgebung begann der Tumult der anwesenden Nazis. Während die Polizei dabei war, die Ruhe wiederherzustellen, traf ein Funkspruch des Gruppenkommandeurs West der staatlichen Polizei ein, der die Versammlung auflöste. Dem wurde in Ruhe und Ordnung stattgegeben.

Zwischen Opladen und Leverkusen erfolgte später der Ueberfall auf das Leverkuser Reichsbanner. Auch in Opladen kam es nach der Versammlung zu Schlägereien. Die Nationalsozialisten verlangten u.a. die Auslieferung des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei. Erst nach Mitternacht trat Ruhe ein.

SPD. Braunschweig, 22. Febr. (Eig. Dr.)

Vom Gebäude der Polizeikaserne in Braunschweig wehte am Mittwoch eine Hakenkreuzfahne. Unter der Hakenkreuzfahne war noch eine schwarzweissrote Flagge angebracht. Die Ursache ist unbekannt.

SPD. Auf Grund des § 12 der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. Februar 1933 muss das zweite Verbot des "Vorwärts", das vom 15. bis 22. Februar befristet war, aufgehoben werden. Die Beschwerde des "Vorwärts" ist entgegen den klaren Vorschriften in der Verordnung des Reichspräsidenten nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist von 5 Tagen dem Reichsministerium des Innern zugeleitet worden.

+ + +

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat die in Langenbielau erscheinende sozialdemokratische Tageszeitung "Der Proletarier aus dem Eulengebirge" wegen Beschimpfung der Reichsregierung für fünf Tage verboten.

SPD. Liegnitz, 22. Februar (Eig. Dr.)

In Hochkirch Kreis Liegnitz wurde der Pastor Buchwald vom Amte suspendiert. Um ihn trauern der Stahlhelm und die Deutschnationale Volkspartei, denen er ein eifriger Propagandist war.

In seinen Versammlungen ritt Buchwald stets sein Steckenpferd gegen die "marxistische Korruption". Die hatte es ihm derart angetan, dass er seine eigene Kirchenkasse um einige Tausender erleichterte. Deshalb das schimpfliche Ende des Hetzpastors.

SPD. Wegen des Fememordes an dem SA-Mann Hentsch ist - wie uns aus Dresden gemeldet wird - die gerichtliche Voruntersuchung gegen die SA-Leute Schenk und Genossen eröffnet worden.

SPD. Liegnitz, 22. Februar (Eig. Dr.)
Im Sommertheater werden zur Zeit 200 SS-Leute als Hilfspolizisten ausgebildet. Sie sollen die kommunale Polizei unterstützen.

SPD. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Peter Grassmann, hat im Auftrage des Bundesvorstandes am 21. Februar folgendes Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet:

"Sehr geehrter Herr Reichspräsident!

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes lenkt Ihre ernste Aufmerksamkeit auf den Runderlass an alle Polizeibehörden Preussens, den der von Ihrem Vertrauen in sein Amt berufene Kommissar des Reiches für das Preussische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, erlassen hat.

Dieser Erlass schafft seiner ganzen Tendenz nach zweierlei Recht in Deutschland. Erstens ein Vorzugsrecht für die Verbände, die nach der Meinung des Reichsministers Göring nationale Verbände sind, nämlich SA., SS und Stahlhelm. Das gleiche Vorzugsrecht gilt für die nationalen Parteien; unter letzteren sind offenbar ausschliesslich jene Parteien zu verstehen, auf die sich die jetzige Regierung stützt. Zweitens ein Ausnahmerecht gegen jene Organisationen, die Herr Reichsminister Göring als staatsfeindliche Organisationen zu bezeichnen für gut findet, ohne dass er sich im übrigen der Mühe unterzöge, näher darzulegen, was er darunter versteht. Der Hinweis, dass der Erlass sich offenbar insbesondere "gegen kommunistische Terrorakte und Ueberfälle" richten soll, kann umso weniger als eine Erläuterung gelten, als nur jene Bevölkerungsschichten, die der SA., der SS und dem Stahlhelm nahestehen, als "nationale Bevölkerung" anerkannt und des besonderen Schutzes der Polizei würdig befunden werden. Der Erlass beschwört eine Rechtsunsicherheit von unabsehbaren Folgen herauf.

Wir erheben gegen diesen Erlass, der weder mit dem Geist noch mit dem Buchstaben unserer Verfassung, noch mit den Lebensformen eines Kulturvolkes zu vereinbaren ist, den schärfsten Protest. Wir legen Verwahrung ein gegen eine amtliche Anweisung, deren Sinn nicht anders gedeutet werden kann, als dass sie weite Schichten des Volkes zum Freiwild politischer Willkür macht.

Wir wenden uns an Sie als Präsidenten des Deutschen Reiches, der berufen und gewillt ist, die Verfassung zu schützen. An Sie wenden wir uns als die deutsche Organisation, die in ihren Reihen die grösste Anzahl Frontkämpfer vereinigt. Diese Millionen, unter denen sich Anhänger der verschiedensten politischen Parteien befinden, haben nicht im Weltkrieg für Deutschland gekämpft und geblutet, um sich 15 Jahre später von verantwortlichen Reichsstellen sagen zu lassen, dass sie nicht zu den "staatsaufbauenden Kräften", dass sie nicht zur "nationalen Bevölkerung" gehören. Niemand in Deutschland ist so hoch gestellt, dass er es wagen dürfte, die Kämpfer des Weltkrieges - gleichgültig, welcher politischen Partei sie angehören - und ihre Organisationen als Deutsche minderen Rechtes zu bezeichnen oder zu behandeln.

Wir bedauern, dass ein ehemaliger Frontoffizier, der es besser wissen müsste, den Geist der Frontkameradschaft gegenüber hunderttausenden namenloser Kämpfer verleugnet, nur weil sie eine andere politische Ueberzeugung haben als er. Die gerechte Würdigung, die ein Frontoffizier wie Oberstleutnant Duestenberg für seine Kameraden aus allen politischen Lagern gefunden hat, beweist, dass echter Frontgeist mit nationaler Ueberheblichkeit nichts gemein hat.

Wir hoffen und erwarten von Ihnen, Herr Reichspräsident, dass Sie als der militärische Führer im Weltkriege dieser Entehrung von Millionen Frontkämpfern mit allen Mitteln entgegentreten werden. Die Entrechtung der Mehrheit des deutschen Volkes, die Gegner der jetzigen Regierung ist, bedeutet die tatsächliche Aufhebung der politischen Meinungsfreiheit wie der persönlichen Sicherheit in Deutschland, deren Schutz zu Ihren vornehmsten Aufgaben gehört."

SPD. Warschau, 22. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Auswärtigen Sejm Ausschuss begann am Mittwoch die Debatte über das aus-
senpolitische Exposé des Aussenministers Beck.

Der Vorsitzende des Ausschusses und Regierungsanhänger, Fürst Radziwil, erklärte, dass die Uebernahme der Kanzlerschaft durch Hitler als günstig für Polen gewertet werden müsse. Die brutale aber deutliche Politik Hitlers sei der Politik Stresemanns vorzuziehen. Die Machtergreifung durch Hitler sei kein Beweis für sein Genie, sondern ein Beweis für den Zerfall Deutschlands. Diese Ansicht werde auch von anderen nichtpolnischen Politikern geteilt. Man könne nicht daran zweifeln, dass das Londoner Interview Hitlers echt gewesen sei und die späteren Dementis nur einen maskierten Rückzug darstellten. Wenn Deutschland die Forderung Hitlers nach Kolonien zu verwirklichen suche, dann werde auch Polen ähnliche Ansprüche erheben.

Die oppositionellen Redner betonten übereinstimmend, dass die Wendung in der deutschen Innenpolitik einen festeren Zusammenschluss des gesamten polnischen Volkes erfordere und dass jeder Angriff auf die polnischen Grenzen einmütig zurückgewiesen werde. Die politische Lage in Europa wurde allgemein als sehr ernst bezeichnet.

SPD. Der braunschweigische Innenminister hat die vom Bezirk Braunschweig der Sozialdemokratischen Partei herausgegebene periodisch erscheinende Zeitschrift "Der Wähler" bis zum 8. März verboten.

SPD. "Vierzehn Jahre Marxismus haben Deutschland zerstört"... Hitler ist der 13. Kanzler der Republik und vor ihm haben 20 Regierungen einander abgelöst. Daran waren 15 Sozialdemokraten für die Zeit von 5 1/3 Jahren beteiligt. In der übrigen Zeit war die Regierung marxistenrein und es haben 72 bürgerliche Minister amtiert. Unter ihnen finden wir folgende Namen aus dem heutigen schwarz-weiss-roten Lager:

Cuno, Schlieben, Hergt, Koch, Neurath, v. Krosigk, Blomberg, Schiele, v. Kanitz, Schlange-Schöningen, v. Braun, Hasslinde, v. Raumer, Scholz, Becker, Albert, Schneider, Jarres, Rosenberg, Gessler, Groener, Schleicher, Moldenhauer, Luther, Curtius, Treviranus, Papen, Herr v. Keudell, der sich inzwischen der Nazipartei angeschlossen hat usw.

Die Regierungen, denen diese Repräsentanten des schwarz-weiss-roten Lagers angehörten, haben von den 14 Jahren der Misswirtschaft nicht weniger als 8 3/4 Jahre regiert. Also wenn schon Misswirtschaft, dann schwarz-weiss-rote Misswirtschaft.

SPD. Paris, Paris, 22. Februar (Eig. Dr.)

Der Senat hat am Mittwoch-Nachmittag während der Finanzdebatte in der Frage der Kürzung der Beamtgehälter einen Beschluss gefasst, der zu einem ernsten Konflikt zwischen Senat und Kammer führen muss und wahrscheinlich mit dem Sturz der Regierung Daladier in den nächsten Tagen enden wird.

Der Senat lehnte mehrere sozialistische und radikale Abänderungs- und Rückverweisungsanträge ab und nahm einen von der Finanzkommission gemachten Vermittlungsvorschlag an, der verlangt, dass alle Beamtgehälter über 9 000 Francs (1500 Mark) im Jahre 1933 um fünf Prozent gekürzt werden. Für jedes unmündige Kind soll die Freigrenze noch um 1500 Francs (250 Mark) erhöht werden. Trotz der Aufforderung des sozialistischen Senators Voilin äusserte sich die Regierung vor der Abstimmung zu diesem Vorschlag nicht. Der Budgetminister

erklärte nur, die Regierung, die sich auch zu dem Beschluss der Kammer, anstelle der Kürzung der Beamtgehälter eine allgemeine Krisensteuer zu setzen, nicht ausgesprochen habe, wolle erst den Beschluss des Senats abwarten und dann bei den neuen Lesungen der Vorlage in Kammer und Senat eine Annäherung zwischen den Beschlüssen beider Häuser herbeizuführen suchen. Voilin erwiderte darauf, er könne sich mit dieser Erklärung nicht begnügen, aber er ersehe aus ihr, dass die Regierung den Senat nicht zu Konzessionen gegenüber der Kammer und ihrer Linksmehrheit auffordern wolle. Unter diesen Umständen werde er die sozialistische Kammerfraktion bitten, auch ihrerseits der Regierung keine Konzessionen mehr zu machen. Diese Ankündigung, die grosses Aufsehen erregte, wurde allgemein als Kampfansage der Sozialisten an die Regierung aus-gelegt. Die Regierung antwortete auf die Erklärung Voilins nicht. Der Vorschlag der Kommission wurde daraufhin gegen die Stimmen der Sozialisten und einiger Radikaler angenommen.

Der Beschluss stellt ein kleines Zugeständnis des Senats dar, denn die Finanzkommission hatte anfangs verlangt, die Kürzung der Beamtgehälter schon bei 7000 Francs zu beginnen. Es ist aber ausgeschlossen, dass sich die Sozialisten und ein grosser Teil der Radikalen in der Kammer mit diesem Zugeständnis zufrieden geben werden. Eine Einigung wäre leicht über den ursprünglichen Regierungsvorschlag möglich gewesen, der eine Kürzung der Gehälter erst von 20 000 Francs aufwärts vorsieht. Es ist also, wenn nicht unerwartete Ereignisse eintreten, damit zu rechnen, dass die Regierung bei einer der nächsten Lesungen der Finanzvorlage in der Kammer oder im Senat über diese Frage gestürzt wird. Der Drahtzieher bei diesem Manöver ist der Vorsitzende der Finanzkommission des Senats, Caillaux, der den starken Mann spielen will und sich jeder Erhöhung der Freigrenze widersetzt, weil die Einsparungen aus den Gehaltskürzungen dann zu gering sein würden.

SPD. Weil die Berliner "Schwarze Front" verboten ist, schreibt Otto Stras-ser seine Artikel im Nazi-Oppositionsblatt von Bremervörde. Unter dem Titel "Faschismus oder Nationalsozialismus" sagt der Bruder Gregors über die bisherigen Worte und Taten der Hitlerregierung:

"In diesen drei Wochen ihrer Tätigkeit hat die Regierung Hitler zwar unzählige Reden und Kundgebungen vom Stapel gelassen, aber Taten hat sie bisher ängstlich vermieden, wenn man nicht die Zoll-Einführungen für Schmalz usw. als eine solche "Tat" ansehen will. Ist die Not etwa geringer geworden in diesen drei Wochen Hitler-Regierung? Ist die Arbeitslosigkeit etwa verschwunden oder auch nur gesunken? Ist das Sterben des Bauernstandes zum Stillstand gekommen, die Zwangsvertreibung von Scholle und Heim eingestellt? Ist die Verproletarisierung des Mittelstandes zu Ende oder nimmt sie nicht schleichend ihren grauenvollen Fortgang? Vor allem aber: sind die Ursachen, die zu diesen Erscheinungen deutscher Not und Verzweiflung führten, behoben oder auch nur irgendwie grundlegend angepackt?

Nach den Behauptungen des Regierungsauftrufs und der verschiedenen Reden des Reichskanzlers Adolf Hitler heissen die Grundlagen "Novemberverbrechen" und "Marxismus". Es gehört die ganze Einseitigkeit eines Parteimannes - oder eine aussergewöhnliche Unzulänglichkeit dazu, um solche Behauptungen aufzustellen oder zuglauben. Die ganze widerliche Kausalität der liberalen Geschichtsbetrachtung kommt in der Behauptung zum Ausdruck, dass "das Novemberverbrechen" Schuld an dem verlorenen Krieg hätte und die Ursache der Weltwirtschaftskatastrophe sei. Nur reaktionäre Rachsucht oder verkalkte Unbelehrbarkeit kann noch die infame Lüge vom "Dolchstoß" als Ursache des Kriegsverlusts gelten lassen, deren vergiftende Wirkung für immer die Entstehung einer wahren Volksgemeinschaft unmöglich macht.

Wir alten Frontsoldaten, wir jungen Deutschen haben die heilige Pflicht,

diese antinationale Lüge mit allen Kräften zu bekämpfen. Die Klassenscheidung und der Klassenkampf ist eine Folge der Klassenherrschaft des Kapitalismus, und der Marxismus ist hier nur der Widerpart, die andere Seite - des gleichen Systems! Der Raub an den Sparern ist das Werk des Finanzkapitals, und die berüchtigte "Dritte Steuernotverordnung", in der dieser Raub an den Sparern gesetzlich sanktioniert wurde, trägt die Unterschrift des Herrn Luther, des Reichsbankpräsidenten der Regierung Hitler, und die Koalitionspartner von heute stimmten damals diesem Raub zu! Die Inflation schliesslich - soweit sie nicht aussenpolitische Ursachen hatte - wurde durchgeführt vom Kabinettt Cuno und dem Reichsbankpräsidenten Havenstein, wiederum unter dem Beifall und der Verantwortlichkeit grosser Teile der heutigen Regierungsfront. Mit aller Kraft versucht die schuldbeladene Reaktion die Frage nach den Ursachen der deutschen Not von sich abzulenken und auf den Marxismus zu schieben, um an Stelle einer nationalsozialistischen Revolution eine faschistische Revolte durchzuführen."

SPD. Dresden, 22. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Reichsinnenminister hat in Sachsen alle kommunistischen Demonstrationen verboten. Die sächsische Regierung ist von diesem Verbot völlig überrascht worden. Die Nachricht gelangte telegrafisch nach Dresden. Diese Eile dürfte darauf zurückzuführen sein, dass Frick und Prinz Auwi, die am Sonntag in Dresden als Versammlungsredner auftraten, einen kommunistischen Umzug sehen mussten. Auwi war derart beleidigt, dass er seiner Empörung bereits in der Versammlung Ausdruck gab und den sächsischen Behörden drohte: jene Herren, die an diesem Tage einen Moskauer Umzug gestattet hätten, würden sich dieser Tat zu erinnern haben.

SPD. Am Mittwoch-Mittag wurde in Berlin der 26jährige Arbeitslose Kurt Gottschalk von einem Nationalsozialisten ermordet.

Gottschalk verteilte sozialdemokratische Flugblätter, als er von dem Nationalsozialisten angefallen wurde. Der Nationalsozialist entriss ihm die Flugblätter und versuchte dann zu flüchten. Als ihm Gottschalk nachlief, wurde er von dem Nationalsozialisten durch einen Bauchschuss niedergestreckt. Der Nationalsozialist gab dann noch 4 - 5 Schüsse auf Passanten ab. Polizeibeamte nahmen ihn schliesslich fest. Gottschalk ist bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus den schweren Verletzungen erlegen.

SPD. Köln, 22. Februar (Eig. Drahtb.)

Das dreitägige Verbot der "Rheinischen Zeitung" und der "Volkswacht" in Trier wegen Abdrucks des Wahlaufrufs des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei wurde vom Reichsgericht aufgehoben.

Gegen die Verkäufer und Austräger der "Rheinischen Zeitung" gehen die Nazis in Köln von Tag zu Tag mit grösserer Gewalttätigkeit vor. Sie entreißen den Verkäufern die Zeitungen oder ihre Trägertaschen. Ein Verbreiter der Wählerzeitung wurde von 30 bis 40 Mann umringt. Die Zeitungen wurden ihm entrisen und auf der Strasse verbrannt. In Aachen wurde auf drei Flugblattverteiler der Zentrumspartei von politischen Gegnern geschossen.

SPD. Hannover, 22. Februar (Eig. Dr.)

Im Krankenhaus ist am Mittwoch ein zweiter Reichsbannerkamerad, der bei einem nationalsozialistischen Feuerüberfall auf die Hannoverschen Schufokameraden verletzt wurde, gestorben. Die Kampfleitung der Eisernen Front beschloss am Tage der Beerdigung dieses Opfers als Protest gegen die Ermordung der Freiheitskämpfer eine Stunde Betriebsruhe durchzuführen.

SPD. Köln, 22. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Kölner Regierungspräsident hat das Verbot öffentlicher kommunistischer Versammlungen aufgehoben. Öffentliche Kundgebungen und öffentliche Umzüge sind weiter verboten.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Aus aller Welt

Unter Freunden....

Papen und Hugenberg im Nazi-Strohfeuer - Geduldiges Papier Jahrgang 1932.

SPD. Wer sich den Spass gemacht hat, im vergangenen Jahr die Flugzettel der NSDAP zu den Wahlen vom 31. Juli und 6. November zu sammeln, kann jetzt die herrlichsten Entdeckungen machen....

Schon eine Artikelüberschrift aus dem vom 10. Juli 1932 datierten Wahlflugblatt "Deutschland erwache!" reiht Herrn von Papen als Glied der "fluchwürdigen" Kette "marxistischer Machthaber" ein: "Von Scheidemann bis Papen: 14 Jahre 'System'" überschreibt Hans Hinkel, Nazi=M.d.R., seine Ausführungen, in denen er erklärt, dass "wir diesem Kabinett - mit dem wir Nationalsozialisten nichts, aber auch gar nichts zu tun haben - sachlich den schärfsten Kampf ansagen müssen". Zwei Seiten weiter geht es gegen Hugenberg und seine Partei unter der Überschrift "Fort mit den deutschnationalen Systemstützen" los, als "Pg. Kubes Abrechnung mit der Reaktion": "Herr Hugenberg in eitler Selbstgefälligkeit" wird unter die Lupe genommen, seine Ausführungen auf dem Deutschnationalen Reichsführertag werden wütend wiederholt: "Er, Hugenberg, halte den Nationalsozialismus für ebenso gefährlich für Deutschland wie den Marxismus, da die Gefahr bestehe, dass sich die NSDAP in einem ... Sinne entwickle, der die Deutschnationale Volkspartei in einem annähernd gleichscharfen Gegensatz zum Nationalsozialismus bringen müsse wie gegenüber den Marxisten... Hugenberg," so heisst es weiter, "kann das Scheitern seiner Pläne von Harzburg nicht verwinden. Damals glaubte er noch, Adolf Hitler und den Nationalsozialismus seinen Zielen unterordnen zu können, ein Traum, der ihm zerstört ward. Darum musste der deutschnationale Parteiführer im Gefühl seiner Ohnmacht... in so massloser Form die deutsche Freiheitsbewegung angreifen... Nationalsozialismus und Reaktion sind schärfste Gegensätze, während die Begriffe Reaktion und Deutschnational durchaus nichts Wesensfremdes haben... Unser 'gardez' galt und gilt nicht nur der Dame Republik, Herr Dr. Hugenberg, wir sagen auch Schach dem König, wenn Deutschland und Deutschlands Freiheit das verlangen."

Der derzeitige "Vize", Herr v. Papen, kam in den verflossenen Wahlkampagnen der NSDAP noch weit schlechter weg. In einem Sonderdruck des Berliner Nazi-Blattes vom Oktober 1932 wird über eine Hamburger Rede des Pg. Goebbels berichtet, die "vom ersten bis zum letzten Satz eine vernichtende Abrechnung mit den Volksfeinden, eine schonungslose Auseinandersetzung mit der Reaktion, dem Herrenklub, der DNVP und dem Marxismus" war. Also Gleiches mit Gleichem vergolten - die Harzburger amüsierten sich damit, sich gegenseitig mit dem schwarzen Mann "Marxismus" in einen Topf zu werfen. "Die Herrenklubliquen scheinen zu glauben," zitiert das Flugblatt aus der Goebbelsrede, "dass das Volk an uns genau so schäbig handeln würde, wie sie an uns gehandelt haben." Im gleichen Blatt kriegt Papen noch eins aufs Dach: "Papen hat sich unfähig erwiesen, diesem Zusammenbruch ein Ende zu machen, er muss daher unverzüglich verschwinden." (Sperrungen im Original.)

Recht unliebenswürdig behandelt ein anderes "Angriff"-Flugblatt, gleichfalls vom Oktober 1932, Herrn v. Papen als Feind des Handwerks. "Wer die Not des einfachen, ehrlichen Handwerkers kennt, der heute nach jahrelangem, ungleichem Kampfe gerade gegen das Grosskapital und die diesem verbundenen

Mächte um Papen vielfach so weit gekommen ist, dass er in seiner Verzweiflung zum Strick greift, der konnte mit Widerwillen mit ansehen, wie hier" - nämlich auf der Versammlung märkischer Handwerker, auf der Papen sprach - "wieder einmal mit den übelsten Mitteln "Stimmung" gemacht wurde... Auch hier zeigt es sich wieder, dass sich alle abgehalfterten Grössen um Papen scharen, der die einzige Chance für ihre Restaurierung ist." Diese "Grössen" müssen sich in den gleichen Zeilen "parlamentarische Mumien" nennen lassen, und Herrn von Papen wird bescheinigt, er regiere "im luftleeren Raum" und treibe "Verzweiflungspolitik".

Und hält Hitler seine Worte aufrecht, die er Herrn v. Papen vor der Novembewahl schriftlich gegeben hat: "Ich halte, Herr Reichskanzler, aus meinem geistigen, sozialen und politischen Gewissen heraus Ihre Innen-, Wirtschafts- und Aussenpolitik für falsch, ja für im höchsten Masse verderblich für Deutschland"? Und wie steht es mit der Erfüllung des Versprechens, das der "Illustrierte Beobachter" dick und fettgedruckt in die Welt geschleudert hat: "Das verhängnisvolle Papendiktat verhindern allein die Nationalsozialisten"? Willst du deinen Feind unschädlich machen, so bilde mit ihm zusammen ein Kabinett, könnte man daraus folgern.

Eins der schönsten Charakterbilder Papens entwarf ein zur gleichen Zeit erschienenenes Nazi-Flugblatt unter der Überschrift: "Herr v. Papen als 'dienendes Werkzeug einer von Gott gegebenen Staatsordnung'". Da heisst es: "Von Papen will die Löhne und Gehälter der arbeitenden Schichten so weit herabdrücken, dass überhaupt keine Möglichkeit zum Leben für fast alle deutschen Familien mehr besteht. Herr v. Papen findet hierfür die Zustimmung aller Ausbeuter und ruft den Widerstand der Ausgebeuteten auf den Plan. Ausbeuter und 'feine Kavaliere' betonen hocheifrig, dass nun endlich 'ein Mann der Tat' in Deutschland Politik macht, und glauben die Zeit bald gekommen, in der sie Millionen ehrbarer Arbeitsmänner wieder wie 'Knechte' im wahrsten Sinne des Wortes behandeln können. Diese reaktionäre Minderheit hat ihre Sünden aus früherer Zeit noch längst nicht gesühnt. Sie schickt sich an, neue, ähnliche zu begehen. Den schaffenden Ständen, Arbeitern, Angestellten, Bauern und Mittelständlern, ist das Unrecht, das man ihnen antut, noch nicht in Vergessenheit geraten. Hinter verschlossenen Türen, in den vornehmen Räumen des 'Herrenklubs' schmieden diese 'Standesherrn' ihre neuen Pläne... Papen ist dreist genug, sich als 'dienendes Werkzeug einer von Gott gegebenen Staatsordnung' zu bezeichnen, getreu seiner konservativen Gesinnung. Es ist der grenzenlose Dünkel einer hundert Jahre alten Staatsauffassung... Es ist nichts anderes als Gotteslästerung, wenn Papen Gott zum Kronzeugen einer Staatsgesinnung anrufen will, die dem Volk sein Lebensrecht vorenthält. In den Reihen des Herrenklubs spricht man von Zucht und Ordnung an Stelle der 'Zügellosigkeit der Massen'. Zügellos nennen sie es, wenn sich das Volk seinen Staat selbst formen und gegen den Hunger und die Ausbeuter eine geschlossene Front schaffen will... Herr v. Papen hat sich bereit gefunden, eine alte Forderung liberalistischer und verantwortungsloser Unternehmer zu erfüllen, indem er die Tarifverträge, wie es so schön heisst, 'auflockern' will. Das bedeutet praktisch: Die Brechung des Tarifrechts! Den profitgierigen Unternehmerkreisen dagegen wird das Recht eingeräumt, Löhne und Gehälter auf das Existenzminimum zu senken. Was für ein Existenzminimum? Es kann nur das eines chinesischen Kulis sein!... Herr v. Papen hat keine blasse Ahnung, wie es in Millionen Arbeiterfamilien aussieht. Er ruiniert die Wirtschaft, verelendet das Volk... Um einer solchen Entwicklung wirkungsvoll entgegenzutreten, fordern die Nationalsozialisten die Verstaatlichung der Banken und Börsen... Herr von Papen und all seine Hintermänner... lehnen auch diese unsere Forderung ab... In Herrn von Papen... muss man den Wegbereiter für die Herrschaft der "Standesherrn" des Dreiklassenwahlrechtes sehen..."

"Der Hinrichter". Die in Dortmund erfolgte Verhaftung des Chauffeurs Pieper und des Arbeiters Scheer, die des Raubmordes an dem Holzhändler Narowski - Witten beschuldigt werden, führte zur Aufklärung von zwei weiteren Raubmorden. Scheer konnte auch der Mittäterschaft an der Ermordung der Frau Schur aus Hager und der Kontoristin Emma Schneider aus Herford überführt werden. Der Dritte im Mörderbündnis, der Arbeiter Schulte, den seine Komplizen den "Hinrichter" nennen, weil er in allen Fällen die Tötung der Opfer besorgte, wird noch gesucht.

Alle drei Verbrechen sind sogenannte "Verlockungsmorde". Scheer musste durch Heirats- und Stellungsinserate Personen nach Dortmund locken und dann auf einsamen Wegen dem Schulte in die Hände liefern. Auf diese Weise wurde die Witwe Schur mit einem Beil erschlagen, die Kontoristin Schneider und der Holzhändler Narowski wurden erdrosselt. Zahlreiche andere Personen entgingen dem Tode, da sie entweder Scheer am Bahnhofe verfehlten, rechtzeitig argwöhnisch wurden oder - zum Berauben zu arm erschienen.

Der flüchtige Führer der Mörderbande, August Schulte, hat seinen Komplizen stets Anweisungen über ihr Verhalten nach der Tat gegeben: sie sollten sich in kleineren Orten herumtreiben, bis die Sache vergessen sei... Mit Scheer hat Schulte übrigens schon früher "zusammengearbeitet"; so wurde er im Jahre 1919 wegen eines mit Scheer verübten Lohngeldraubes auf der Zeche Hansemann in Unna zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Er brach jedoch aus und konnte erst nach drei Jahren wieder ergriffen werden.

+ + +
Verurteilter Devisenschieber. Das Schnellschöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Kohलगrosshändler Paul Hamburger wegen Devisenvergehen zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis und 31 000 Mark Geldstrafe. Hamburger hat sich durch Täuschung der Behörden die Genehmigung zur Einführung von I.G. Farben-Aktien im Werte von 715 000 Mark erschlichen und dann die Effekten nach Abzug seines Verdienstes in Höhe von 30 000 Mark wieder ins Ausland verschoben. Der Angeklagte war geständig. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn 2 Jahre Gefängnis und 150 000 Mark Geldstrafe.

+ + +
Schulte verhaftet! Der flüchtige Mörder Schulte, der Hauptschuldige bei den drei Dortmunder Mordtaten, konnte am Mittwoch-Nachmittag in Gronau in Westfalen festgenommen werden. Er war auf Grund der von der Presse veröffentlichten Bilder erkannt worden.

+ + +
Wanderaktien... Der Bochumer Schöffengericht verurteilt fünf holländische Kaufleute aus Utrecht und Haarlem wegen Vergehens gegen die Devisenverordnung zu Gefängnisstrafen von 7 Wochen bis zu 3 Monaten und zu Geldstrafen von 38 000, 24 000, 16 000, 6 000 bzw. 3 000 Mark. Die Verurteilten hatten deutsche Effekten; insbesondere I.G. Farben-Aktien, in Holland aufgekauft, mit Gewinn in Deutschland verkauft und den Erlös wieder nach Holland geschafft. Sie wurden im November vorigen Jahres in Bochum verhaftet, als sie 74 000 Mark Beute unter sich verteilten.

+ + +
Mord? In der Nähe des Bahnhofs von Nauen (Mark) fanden Eisenbahnbeamte den Leichnam eines 20 Jahre alten Uhrmachers aus Rydultau (Oberschlesien). Der Tote ist allem Anschein nach im Berlin-Hamburger Schnellzug überfallen, niedergeschossen und aus dem Zuge geworfen worden.

+ + +
Hübsches Alter. In einem ostpreussischen staatlichen Bernsteinwerk wurde in einem Bernsteinwerk ein Floh gefunden, dessen Alter die Fachleute auf etwa 5 Millionen Jahre einschätzen.



Nichts hat sich gebessert!

Der neue Arbeitsmarktbericht.

SPD. Die Reichsanstalt veröffentlicht ihren neuen Arbeitsmarktbericht. Er erstreckt sich auf die Zeit vom 1. bis 15. Februar. Was besagt der neue Bericht?

Millionen haben in Deutschland erwartet, dass mit dem Augenblick, wo Hitler die Macht übernehme, nun endlich auch eine Wendung zum Besseren oder doch wenigstens ein Anfang zu einer solchen Wendung sichtbar werde. Der Bericht der Reichsanstalt bemüht sich, den traurigen Zahlen noch eine gute Seite abzugewinnen. Wer aber die Zahlen etwas genauer ansieht, erkennt leicht, dass wir mit der Arbeitslosenziffer auch in diesem Jahr wieder einmal höher liegen als im Vorjahr. Wenn das Zunahmetempo sich etwas verlangsamt hat, so ist das wahrhaftig kein Wunder und kein Trost. Auch die unsichtbare Arbeitslosigkeit ist Arbeitslosigkeit, und im übrigen macht man nun schon seit einem halben Jahr allerhand Versuche, durch direkte und indirekte Arbeitsbeschaffung die Dinge wieder etwas einzurenken. Berücksichtigt man all das, dann kommt man nur zu der traurigen Feststellung: Nichts hat sich gebessert.

Der Bericht der Reichsanstalt lautet im wesentlichen folgendermassen: Am 15. Februar waren bei den Arbeitsämtern rund 33 000 Arbeitslose mehr gemeldet als Ende Januar. Die Reichszahl der Arbeitslosen an diesem Stichtag bleibt mithin mit rund 6 047 000 um rund 80 000 hinter der entsprechenden Zahl des Vorjahres zurück. Bei einem Vergleich ist jedoch zu beachten, dass innerhalb des vergangenen Jahres die sogenannte unsichtbare Arbeitslosigkeit angewachsen ist. Selbst unter Berücksichtigung dieser Tatsache bleibt die geringere Zunahme gegenüber der Entwicklung im Vorjahre bemerkenswert. Seit dem tiefsten Punkt des Jahres 1932, Ende Oktober, ist die Arbeitslosenzahl um rund 938 000 gestiegen, während zwischen dem tiefsten Stand des Jahres 1931, der bereits Ende Juni lag, und dem 15. Februar 1932 eine Zunahme um nicht weniger als 2 173 000 zu verzeichnen war.

Durch die Reichsanstalt wurden Mitte Februar nahezu 2½ Millionen Arbeitslose unterstützt, und zwar stieg während der Berichtszeit die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 10 000 auf rund 963 000, in der Krisenfürsorge um rund 52 000 auf rund 1 471 000. Die 2½ Millionen stehen etwa ebenso viel anerkannte Wohlfahrtserwerbslose gegenüber; seit Ende Januar (2 459 000) dürfte sich diese Zahl nicht wesentlich vermehrt haben. Rund 177 000 Arbeitsdienstwillige waren Ende Januar bei Massnahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigt, deren Weiterführung über die Wintermonate ermöglicht wurde. Das Notwerk der deutschen Jugend erfasst rasch steigende Zahlen von Jugendlichen; schätzungsweise dürfte zur Zeit die Zahl von 200 000 überschritten sein. Die Beschäftigungsmöglichkeiten in der wertschaffenden Arbeitslosenversicherung wurden durch die Jahreszeit stark eingeschränkt, sodass Ende Januar nur noch etwa 22 000 Notstandsarbeiter gezählt werden konnten.-

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist natürlich grösser, als die amtlichen Ziffern verraten. Das ergibt sich schon aus der Beschäftigtenzahl der Kranken-

Kassenstatistik; diese Zahl ist im Dezember bereits fast doppelt so stark gesunken, als die Arbeitslosigkeit zugenommen hat. Daraus muss man folgern, dass Hunderttausende von Entlassenen sich nicht bei den Arbeitsämtern melden. Die Zahl der erfassten Arbeitslosen und die der unsichtbaren Arbeitslosen zusammen gerechnet ergeben, dass die augenblickliche Arbeitslosigkeit grösser ist als vor einem Jahr.

Die unsichtbare Arbeitslosigkeit ist im nationalsozialistischen "Angriff" noch kurz vor der Übernahme der Regierung durch Hitler ausserordentlich hoch geschätzt worden. Der "Angriff" sprach von einer Gesamtarbeitslosenziffer in Höhe von 10 Millionen. Danach müssten 4 Millionen unsichtbare Arbeitslose vorhanden sein. Zweifellos hat der "Angriff" absichtlich übertrieben. Er wollte vor der Regierungsübernahme die Arbeitslosigkeit möglichst gross erscheinen lassen, um später umso leichter von einem Erfolg Hitlers reden zu können. Wenn man von der Übertreibung des "Angriff" absieht, dann bleibt aber jedenfalls die Tatsache, dass auch nach Auffassung der Nationalsozialisten die unsichtbare Arbeitslosigkeit beträchtlich ist.

Die Arbeitslosenzahl vom 15. Februar dürfte voraussichtlich den Höhepunkt der Winterarbeitslosigkeit darstellen; es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass im Frühjahr im Zusammenhang mit der politischen Beunruhigung, die auch nach den Wahlen nach allem, was man sieht und hört, kaum abnehmen dürfte, eine neue Steigerung eintritt. Auch darf man nicht übersehen, dass der Rückgang der deutschen Ausfuhr sich zu Jahresbeginn von neuem verschärft hat. Die Auswirkung dieses Rückgangs auf den Arbeitsmarkt muss man zunächst abwarten. Bedenklich ist der Rückgang schon deswegen, weil die Binnenmarktkaufkraft bereits ausserordentlich geschwächt ist.

Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge umfassen heute wieder fast die Hälfte der Unterstützten. Im Anschluss an diese Feststellung darf man an den Reichsarbeitsminister wohl die Frage richten, was denn nun mit dem Plan zur Neugestaltung der Arbeitslosenhilfe, der von Dr. Syrup ausgearbeitet wurde, geworden ist. Man kann verstehen, dass nach dem Wechsel der Regierung dieser Plan nicht mehr veröffentlicht wurde, aber man darf doch erwarten, dass die Öffentlichkeit allmählich erfährt, was an Stelle dieses Planes treten soll.

In dem Bericht der Reichsanstalt wird auf die steigende Zahl der jugendlichen hingewiesen, die von dem Notwerk der deutschen Jugend erfasst werden. Damit sich nicht Legenden bilden, wollen wir rechtzeitig darauf aufmerksam machen, dass dieses Notwerk nicht von der gegenwärtigen Regierung, sondern von der Regierung Schleicher, genauer gesagt von Schleicher und Syrup aufgebaut worden ist.

SPD. Die Lohnverhandlungen in der Weissshohlglasindustrie haben keine Einigung gebracht. Die Unternehmer stellten absolut unannehmbare Forderungen. Sie verlangen einen Lohnabbau bis zu 19%. Sie wollen einen tariflosen Zustand herbeiführen.

SPD. Die Reichsregierung will eine grosse Krankenkassenreform durchführen. Ein besonderer Kommissar soll sie vorbereiten. Ueber die Persönlichkeit des Kommissars ist noch nichts bekannt; wahrscheinlich wird ein Beamter des Reichsarbeitsministeriums zum Kommissar ernannt werden.



Kleinkraftfahrzeuge.

----- Motorräder und Dreiradwagen.

SPD. Der interessanteste Teil der Autoausstellung in Berlin war wohl die Schau von Motorrädern und Dreiradwagen. Zweifellos sind es die wirtschaftlichsten Motorfahrzeuge, die wir kennen. Durch sie ist es möglich, die Vorteile der Motorisierung unseres Wirtschaftslebens weiten Bevölkerungskreisen zugänglich zu machen.

Was ist aus dem ehemaligen Motorrad, dem Abkömmling des Fahrradbaues, im letzten Jahrzehnt geworden! Kaum den gemeinsamen Namen verdient es mehr mit seinem Vorgänger. Und noch ist die Fortentwicklung nicht beendet. Allenthalben zeigen sich die Merkmale der Entwicklungsarbeiten. Im Rahmenbau setzt sich der Profilrahmen mehr und mehr durch, auch der Rohrrahmen hat hinsichtlich der Verstärkung und der schwingungsfreien Durchbildung manche Fortschritte aufzuweisen. Das moderne Motorrad hat Innenbackenbremsen bekommen, an beiden Rädern, mit grossen Trommeln. Die Bremanachstellvorrichtungen sind wesentlich vereinfacht worden. Die Vorderradfederung, teils mit Spiral-, teils mit Blattfedern, findet ihre Weiterbildung in einer kombinierten pneumatischen und hydraulischen Federung, die nur mehr mit Kolben und Öl arbeitet. Stoss- und Lenkungsdämpfer, leicht nachstellbar, neuerdings sogar nachstellbare Sattelfederung, werden zu Selbstverständlichkeiten. Dazu kommen zweckmässige Reifen, denen hier ein wesentlich höherer Anteil an der Federung zufällt, als beim Auto.

Der Motor, natürlich Blockmotor mit angeflanschem Getriebe, steigt ständig in seiner Leistungsfähigkeit, jedoch ohne Drehzahlerhöhung und erhöhte Materialbeanspruchung. Man lernt, die Verbrennungsräume richtig gestalten, eine rasche Zündung des Gemisches sicherzustellen; man verbessert die Kühlung, nachdem man die Wärmeverteilung und -abteilung beherrschen lernte; man vergrössert die Ventilquerschnitte, vervollkommnet beim Zweitaktmotor die Spülung, man geht zum Fallstromvergaser über, bringt die Batterie- und Zündlichtmaschinen-Zündung zur Einführung und dergleichen mehr. Das alles äussert sich in der hohen Leistungsfähigkeit, die heute bereits bei serienmässigen Tourenmaschinen an 30 PS pro Liter Hubraum beträgt und bei Sportmodellen sogar Werte von 40 PS erreicht.

In der Kraftübertragung setzt sich die Kardanwelle mehr und mehr durch; man findet sie selbst schon bei steuerfreien Maschinen. Das neueste auf diesem Gebiet ist der kombinierte Ketten- und Kardanwellenantrieb. Neu und sehr interessant ist auch die Verwendung der Dynastart-Anlage, die Lichtmaschine und Anlasser in einem Aggregat vereinigt. Bei den stärkeren Maschinen finden wir Vierganggetriebe, bei denen teilweise der vierte Gang sogar als Schnellgang ausgebildet ist.

Dazu kommen tausenderlei Dinge, die als Ergebnisse einer sorgfältigen Einzel-Durcharbeitung äusserlich kaum wesentlich in Erscheinung treten, jedoch in ihrer Gesamtheit den modernen Fahrkomfort des heutigen Motorrades ausmachen: eine günstige Gewichtsverteilung, eine sorgfältig bemessene Gabel, richtige Abstimmung zwischen Fussrasten, Sattel und Lenkgabel, ein klarer Aufbau der ganzen Maschine, der insbesondere der Führung der Kabel zugute kommt, zweck-

mässige Unterbringung des Werkzeuges und der elektrischen Anlage und daneben die zeitgemässige Ausrüstung: elektrische Beleuchtung als Selbstverständlichkeit; Signalhorn, Tachometer, Chronometer, ja vielfach sogar Oeldruckmesser, Amperemeter usw. Dass alle beweglichen Teile verkapselt sind, versteht sich von selbst. Die Zirkulationsschmierung bzw. das Frischölsystem sorgen für möglichste Einschränkung des Verschleisses. Der erzielte Fortschritt liegt zum allergrössten Teil in der wesentlich verbesserten Fahrbequemlichkeit, die es heute gestattet, auch grössere Strecken ohne körperliche Strapazen zurückzuliegen.

Während wir so auf dem Motorradgebiet, sei es bei der kleinen oder grossen Solomaschine, sei es beim Gespann, eine gewisse Einheitlichkeit der Entwicklung feststellen dürfen, herrscht im Reiche des Kleinstwagen, wie wir das steuer- und fahrerscheinfreie "Auto" mit 200 ccm-Maschine bis herauf zur 400- oder 500-ccm-Maschine, die noch mit Motorrad-Führerschein gefahren werden kann, nennen wollen, das muntere, bunte Bild einer äusserst vielfältigen Entwicklung. Da herrscht neben dem Press-Stahlrahmen vor allem der Rohrrahmen, die unabhängig gefederte Aufhängung der Räder ist fast überall vorhanden; hinsichtlich der Motoranordnung und Kraftübertragung sind alle nur denkbaren Kombinationen zu finden; der Heckmotor, der das Hinterrad antreibt (Hercules-Nürnberg), der vorn liegende Motor, der das Vorderrad antreibt (Framo), der Heckmotor als Antrieb für zwei Hinterräder (Goliath) und der Vornmotor als Antrieb für zwei Vorderräder (Theis, Tamag). Soweit der Dreiradwagen; hinzu kommt ein Kleinstwagen mit vier Rädern (Standard), bei dem der Heckmotor die beiden Hinterräder antreibt.

Eine interessante Lösung des Federungsproblems weist der Framo-Dreiradwagen auf: eine gewisse Uebertragung der beim Flugzeug-Dahrgestell üblichen Konstruktionsprinzipien auf den Dreiradwagen. Das Rad hängt auf einem Rohrbolzen, der in zwei fettlosen Büchsen auf- und abgleitet. Es ist mit Spezialgummiringen, die eine progressiv härter werdende Federung ergeben, an ihm aufgehängt. Der Bolzen selbst führt, indem er die Luft in den Büchsen komprimiert, eine automatisch arbeitende Luftdämpfung herbei.

Die Motoren der Kleinstwagen sind zum grössten Teil Einzylinder-Zweitaktmotoren mit 200 ccm Hubraum; nur wenige darunter haben 400 bzw. 500 und 600 ccm Hubraum und sind dann als Zweizylinder-Zweitaktmotoren durchgebildet. Sie arbeiten durchweg mit Luftkühlung durch Turboventilator. Die elektrische Ausrüstung besteht aus einer Zündlichtmaschine oder einem Schwungradlichtmagnetzündler mit eingebautem Dynastartaggregat. Hinsichtlich der Kraftübertragung finden wir die verschiedensten Ausführungsformen je nach der Antriebsordnung: Ketten, Differentialantrieb und Kardanwelle. Die Getriebe sind vielfach Viergangegetriebe mit Schnellgang, sie sind meistens angeblockt.

SPD. Der Bankkrach im nordamerikanischen Bundesstaat Michigan scheint zu einer neuen Vertrauenskrise in den Vereinigten Staaten von Nordamerika führen zu wollen. Zwar ist es gelungen, den Run unter den Sparern, der seinen Herd in der Automobilstadt Detroit hat, auf Michigan zu beschränken. Soweit direkte Ansteckungen erfolgt sind, scheint der Bundesstaat Minnesota in Frage zu kommen. Man kann damit rechnen, dass die Regierung auch für Minnesota ein Bankemoratorium erlassen wird. In Michigan selbst wird das Moratorium im Laufe dieser Woche gelockert werden, d.h. die Banken dürfen Auszahlungen leisten, um z.B. Lohnzahlungen sicherzustellen. Neue Einlagen bei den Banken werden auf besondere Konten geführt. In Michigan wickelt man also den Run fast in derselben Weise ab, wie das Deutschland im Hochsommer 1931 getan hat.

Wenn die Lokalisierung des Sparerruns auf Michigan auch halbwegs gelingt ist, sind die Wirkungen der Katastrophe unübersehbar. Die Meldungen

häufen sich, wonach die Bevölkerung zur Goldhamsterei übergeht. Man versucht, unter allen Umständen, Papiergeld in Goldmünzen umzutauschen. Die Goldhortung wird dadurch gefördert, dass die Debatten über eine Dollarinflation in den letzten Tagen wieder aufgelebt sind.

SPD. Die schwebende Schuld des Reiches ist von Ende Dezember 1932 bis Ende Januar 1933 von 1 836,2 Millionen Mark auf 1 900,3 Millionen Mark gestiegen. Das Defizit deckt das Reich in der Hauptsache durch Ausgabe von Schatzanweisungen. Mit der Erhöhung der schwebenden Schuld ist der Umlauf an Schatzanweisungen von 990 Millionen auf 1 061 Millionen Mark gestiegen.

SPD. Angesichts der Pläne der Reichsregierung, die Autosteuer auf Kosten der Autofahrer und der Arbeitsbeschaffung zu ermässigen, drängt sich die Frage auf: Ist das alles, was nach wochenlangen Beratungen des Reichskabinetts vom Nationalsozialistischen Steuerprogramm übrig geblieben ist? Noch vor wenigen Wochen haben die Nazis im Reichstag eine umwälzende Steuerreform verlangt: Aufhebung der Arbeitslosenabgaben, Beseitigung der Salzsteuer, Wiedereinführung der Freigrenze von 5 000 Mark bei der Umsatzsteuer und der Erstattungen bei der Lohnsteuer, Umwandlung der Bürgersteuer in einen Einkommenssteuerausschlag, Verdoppelung der Freigrenze bei der Einkommen- und Lohnsteuer, usw. usw.

Und heute? Die Arbeiter müssen auch von dem aller kleinsten Einkommen die brutale Arbeitslosenabgabe weiterzahlen, die Hausfrauen müssen die Salzsteuer weiter entrichten, und die kleinen Gewerbetreibenden warten vergeblich auf die Befreiung von der Umsatzsteuer - ganz zu schweigen von der Bürgersteuer und der Lohnsteuer. Das ganze grosse Steuerprogramm der Nazis ist in der Versenkung verschwunden und als Ersatz bieten sie eine geringfügige und unzureichende Ermässigung der - Autosteuer!

Schon werden die Nazis von ihren eigenen Freunden unliebsam an ihr früheres Programm erinnert! Der Reichslandbund hat der Regierung folgende Forderungen übermittelt:

Beseitigung der Schlachtsteuer, Ermässigung der Umsatzsteuer für Lebensmittel von 2 % auf 0,85 % und Wiedereinführung der Umsatzsteuer-Freigrenze von 5 000 Mark.

Wann wird die Regierung zu diesen Forderungen Stellung nehmen? Wir befürchten, dass das bestimmt vor der Wahl nicht der Fall sein wird.

SPD. Die Reichsregierung plant eine Ermässigung der Autosteuer. In Zukunft sollen Autobesitzer, die acht Monate die Autosteuer bezahlt haben, die letzten vier Monate steuerfrei fahren können. Sie brauchen also ihr Auto nicht mehr wie bisher im Winter abzumelden.

Die Kraftfahrer, denen Adolf Hitler bei Eröffnung der Berliner Autoausstellung das Versprechen eines Steuerabbaus gemacht hat, werden durch die oben gekennzeichnete Regierungsmassnahme enttäuscht sein. Selbstverständlich ist jede Entlastung im Kraftverkehr zu begrüssen. Von der geplanten Entlastung muss man jedoch sagen, dass sie nicht weit genug geht. Wer sein Fahrzeug in den letzten Wochen und Monaten aufgebockt, d.h. ausser Verkehr gesetzt hat, hat das nicht nur wegen des Winters und der Steuern getan. Hauptgrund ist eben der überteuerte Benzin- und Ölpreis. Das beweist die Tatsache, dass nur ein Teil der aufgebockten Fahrzeuge mit der besseren Jahreszeit wieder in Verkehr gebracht wird.

Ausserdem ist zu bemerken, dass die Entlastung gewissermassen auf Kosten der Autofahrer selbst erfolgt. Die Autosteuer wird nämlich für die Strassen=erhaltung verwendet. Wenn hier ein Ausfall im Steueraufkommen eintritt, können weniger Strassen gebaut bzw. repariert werden. Die Strassen müssen sich also verschlechtern. Was das heisst, weiss jeder Autofahrer. Im Grunde genommen bedeutet eine solche Verschlechterung vermehrte Wagenschäden und vermehrte Wagenreparaturen. Betrübtlich ist auch, dass der Ausfall an Autosteuern direkte Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt haben müssen. So wie die gegenwärtige Regierung das tut, macht man keine Arbeitsbeschaffung.

Auf dem Weg, den die Regierung beschritten hat, wird man nicht zu der notwendigen Entlastung im Kraftverkehr kommen. Wesentlich ist der Abbau der überhöhten Betriebsstoffpreise, der Abbau der Subventionen und der Liebesgaben. Aus diesen Gründen hat die Sozialdemokratie seit Monaten die Senkung der Treibstoffpreise verlangt. Diese Senkung ist möglich durch Abbau der hohen Ueberprofite der Benzin- und Benzolinteressenten und am besten durch Einführung eines staatlichen Erdölmonopols nach den Vorschlägen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Niemand wird allerdings erwarten, dass die jetzige Regierung diese Forderungen durchführen wird!

SPD. Die Forderung des Reichslandbundes nach Abschaffung der Fleischsteuer (Schlachtsteuer) und Ermässigung der Umsatzsteuer im Vieh- und Fleischhandel ist, wie die "Allgemeine Fleischerzeitung" erklärt, auf den Widerstand des Reichsfinanzministers gestossen, der ja für den verlangten Steuerausfall Ersatz schaffen muss. Mit dem Reichsfinanzminister werden sich aus denselben Gründen auch wohl die nationalsozialistisch regierten Länder, die ja erst die Fleischsteuer eingeführt haben, gegen eine Beseitigung der Schlachtsteuer wehren. Dagegen sind der Reichsernährungsminister Dr. Hugenberg und sein Staatssekretär von Rohr nach der "Allgemeinen Fleischerzeitung" "für die Aufhebung der Schlachtsteuer ganz erheblich interessiert". Beide sollen daran arbeiten, die Verhandlungen über die Steueraufhebung, die bisher keinen Erfolg gehabt haben, doch noch zu einem Erfolg zu führen.

Die "Allgemeine Fleischerzeitung" macht diese Feststellung mit einem hörbaren Seufzer. Da man den Steuerausfall in tragbaren Grenzen halten müsse, sei damit zu rechnen, dass die Schlachtsteuer nur für Haus- und Notschlachtungen aufgehoben und die Umsatzsteuer nur für die Umsätze vom Landwirt ermässigt wird. Wir halten eine derartige Massnahme auch für recht einseitig, für eine, um sich recht deutlich auszudrücken, neue Liebesgabe an die Landwirtschaft, auf Kosten anderer Steuerzahler und sind mit der Fleischerzeitung einer Meinung, wenn sie feststellt, dass auch die Lage anderer Berufsstände katastrophal sei und Berücksichtigung verdiene.

Nach diesen Geständnissen der Fleischerzeitung kann man nur neugierig sein, wie die Frage der Schlachtsteuer und der Umsatzsteuer durch die gegenwärtige Regierung geregelt wird.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise. Die Berliner Notierungskommission setzte die Preise - Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten - für den Zentner unverändert wie folgt fest: I. Qualität 85 RM, II. Qualität 78 RM, abfallende Ware 71 RM.

Angebot verstärkt sich.

(Berliner Getreidebörse vom 22. Februar.)

SPD. Das Angebot hat sich am Mittwoch gegenüber den Vortagen gesteigert. Da das Mehlgeschäft weiter zurückgegangen ist - Roggenmehl wurde auch billiger angeboten - gaben die Notierungen durchweg um 1 oder 2 Mark nach. Auf dem Lieferungsmarkt griffen die Stützungsstellen wieder ein. Am Promptmarkt wurde die Weizennotiz um 1 Mark herabgesetzt. Die Roggennotiz konnte gehalten werden.

	<u>21.II.</u>	<u>22.II.</u>
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	196 - 198	195 - 197
Roggen	153 - 155	153 - 155
Braugerste	168 - 177	168 - 177
Futter- und Industriergerste	160 - 167	160 - 167
Hafer	121 - 124	121 - 124
Weizenmehl	23,25 - 26,60	23,25 - 26,60
Roggenmehl	20,40 - 22,40	20,40 - 22,40
Weizenkleie	8,45 - 8,65	8,45 - 8,65
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März $209\frac{3}{4}$ - 210 (211),
Mai $212 - 212$ ($212\frac{3}{4}$), Roggen März $166\frac{3}{4}$ - 167 (168), Mai $168\frac{1}{2}$ - $168\frac{3}{4}$ (170).
Hafer März - bis $130\frac{1}{2}$ (130), Mai $133\frac{1}{2}$ - $134\frac{1}{2}$ ($133\frac{1}{2}$).

Gemüsemarkt.

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle RM je 50 kg einschl. Fracht, Spesen und Provision). Weisskohl 50 kg 2,50 - 3,50, Wirsingkohl je nach Sorte 5 - 9, Rotkohl 3 - 5, Rosenkohl Ia 18 - 22, Mohrrüben gewaschen 3,50 - 4,50, Rübchen 4 - 6, Karotten 10 - 15, Kohlrüben 2 - 3, Rote Rüben 3 - 4, Schwarzwurzeln Ia 20 - 24, Rettiche j.n. Grösse Schock 3,50 bis 5, Meerrettich 50 kg 20 - 25, Sellerie j.n. Grösse 5 - 10, Porree Schock 1 - 1,50, Petersilie grün j.n. Bundgrösse 100 Bd. 2,50 - 10, do. m. Wurzeln j.n. Qualität 50 kg 4 - 8, Salat Rapunzel 50 kg 60-70, Edelchampignons weiss Ia 50 kg 100 - 110, Zwiebeln, sortiert grosse 4,50 - 5,50, do. unsortiert 4,25 bis 5.

SPD. Der Rückgang des deutschen Industriewarenexports zeigt sich deutlich im Schuhwarenhandel. Deutschland erzielte z.B. im Januar 1931 durch Verkauf von Schuhwaren nach dem Auslande einen Ueberschuss von rund 1,8 Millionen Mark. Dieser Ueberschuss ist im Januar 1933 auf 350 000 Mark gefallen. Im Januar 1933 betrug die Ausfuhr von Lederschuhen 62 000 Paar. Gegenüber dem Januar 1932 bedeutet das eine Verminderung um fast 34 % und gegenüber dem Dezember 1932 eine Verminderung um 44 %.

So sehen die Erfolge aus, die der neue Kurs in der deutschen Handelspolitik erzielt.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 22. Februar 1933.

Nickel soll ein Dieb sein!^x

SPD. Als der Landsturmann Nickel aus dem Felde zurückgekehrt war, wurde er Strassenhändler, weil seine Anstellung als Lagerverwalter gestrichen worden war. Zehn, zwölf Jahre konnte er sich und seine Frau über Wasser halten. Dann ging es abwärts. Seine Frau starb plötzlich, und als er allein war, ging es ihm noch schlechter. Jeden Sonntagvormittag besuchte er den Grabhügel seiner Frau; hier fand er Trost und träumte von den Zeiten, als sie beide noch glücklich und zufrieden durchs Leben gegangen waren.

Der Geburtstag seiner Frau war stets ein besonders feierlicher Tag; dann arbeitete Nickel nicht, sondern ging auf den Friedhof. Diesmal nagte ein Vorwurf an ihm: er hatte seiner Frau keine Blumen mitgebracht. Er hatte kein Geld, um Blumen zu kaufen, nicht einmal einen Groschenstrauss. Es tröstete ihn, dass sie vielleicht die Blumen abgelehnt hätte; sie verabscheute unnütze Geldausgaben. Hätte er gestern den Sechser, den er für zwei Schrippen ausgegeben hatte, für Blumen gespart, die Frau hätte es ihm übel genommen, bestimmt

Scheu und verstimmt ging Nickel durch die Gräberreihen. Da lagen viele schöne Kränze mit grossen Blumenspenden. Ganz in der Nähe des Grabes seiner Frau befand sich ein ziemlich frisches Grab, das einen Berg von kostbaren, üppigen Blüten trug. Nickel wusste, wem diese reichhaltige Trauer galt. Hier lag Frau Schlächtermeister Singe; er hatte sie gekannt, eine dicke, hochmütige Person, die ein paar Häuser weiter gewohnt hatte.

Am Grabe seiner Frau machte er sich wieder zum Vorwurf, nicht mit Blumen gekommen zu sein; ihr Grab sah vernachlässigt und trostlos leer aus. Während er dies feststellte, irrte sein Blick immer wieder zur Seite und blieb auf dem Grabe der Schlächtersfrau hängen. Der duftende, protzige Berg von Blumen machte ihn wild, denn er meinte, diese dicke Frau verdiente den Schmuck nicht; sie hatte sich gegen alle Notleidenden stets hochfahrend benommen. Wer nahm ihr etwas, überlegte Nickel, wenn man ihr einen von den zwanzig Kränzen wegnahm? Wer konnte den Nehmer deswegen anklagen? Bei einer solchen Fülle würden nicht einmal die Angehörigen merken, dass ein Kranz fehlte. Bei diesem Gedanken angekommen, entschloss sich Nickel bereits zur Tat. Er umkreiste den blumenbeladenen Grabhügel, um einen Augenblick zu erwischen, wo er unbeobachtet einen Kranz wegnehmen könnte, - es gelang sogleich; einer der schönsten Kränze, wundervoll duftend, fiel ihm in die Hände, und er legte ihn rasch auf das Grab seiner Frau.

Als Nickel auf das Tor zu schritt, trat ihm der Friedhofsgärtner entgegen. Ihm folgte ein Schutzmann. Nickel wusste gleich, was die Glocke geschlagen hatte. Er musste mit den Beiden nach dem Grabe zurück. Das war ein Dornenweg, denn Nickel spürte, dass man seinen Akt der Pietät feindselig beurteilen würde. Es liess sich nicht leugnen, dass der Kranz vom Grabe der Frau Schlächtermeister stammte; der Schutzmann fand die weggeworfene, zerknüllte Schleife. Infolgedessen kam Nickel auf die Wache und wurde in Haft genommen.

Vor dem Schöffengerichte stand ein paar Wochen später der Strassenhändler Nickel und hatte sich wegen Blumendiebstahls zu verantworten. Eigentlich, sagte die Anklage, hätte man ihn auch wegen Erbschändung belangen müssen, doch man hatte davon abgesehen, denn Nickel war nicht vorbestraft. Sein Verteidiger war ein ungeschickter junger Mensch, der den Kern der Sache nicht

darzustellen verstand. Und Nickel konnte immer wieder nur erklären, er habe das Grab seiner Frau ein wenig schmücken wollen.

Nickel wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Als das Urteil gesprochen wurde, wusste Nickel nicht weiter. Er verstand das nicht. Er fragte seinen Verteidiger, doch der entgegnete, die Strafe sei die mildeste, die überhaupt in Betracht gekommen sei. Auch das konnte Nickel nicht verstehen. Als er nach einer Woche wieder frei war, ging er gleich auf den Friedhof, bat seine Frau um Verzeihung und stürzte sich dann von einer Brücke vor einen einfahrenden Eisenbahnzug.

Marim.

----- Die Kleine vom Yoshiwara.^x -----

SPD. Káp'n Hundertmark trank schweigsam drei Groggs hintereinander. "Habe ich Ihnen eigentlich," fragte er, "die Geschichte vom Dritten der "Trinitas" aus Tokio einmal erzählt? Nein? Der Kasten lag nämlich damals in der Bucht. Landurlaub sollte es auch geben. Der Dritte, Klas Fedde, ein eben zwanzigjähriger blonder Junge aus Flensburg, freute sich wie'n Stint." "Junge", sagte ich zu ihm, "dass Sie mir keine Dummheiten machen! Hier unten gibt's doch das verteufelte Yoshiwara. Nehmen Sie sich in acht, Klas Fedde, soviel sage ich Ihnen!"

Er, zum erstenmal da unten, lachte nur und ging unbekümmert mit dem Steuermann an Land. Das erste, was drei Tage später kam, war eine üble Nachricht aus Hongkong, und da sollten wir gerade hin. Es war mal wieder mulmig dort. Die Kulis machten Krach. Sie wollten mehr Reis oder besseren Reis oder mehr Bambus oder besseren Bambus, und machten Revolution. "Warten", hiess es im Telegramm der Reederei. Man nahm überall an, die Chinesen würden sich schnell genug beruhigen.

Es dauerte an zwei Wochen, und das war schon zu lange für Klas Fedde. Zehn Tage nämlich waren kaum um, da fehlte der Dritte auf der "Trinitas" beim Appell. Keiner wollte etwas wissen. Der Steuermann zuckte die Achseln. "Geht das an", frage ich, "und ist das nicht schlimmster Verstoss gegen die Disziplin?" Am nächsten Morgen bekam ich's mit der Angst und hetzte den Ersten - Hansen fuhr damals mit mir, der jetzt einen der grossen Hapag-Kasten nach New York befehligt - und mit ihm den Steuermann an Land. Sie kamen gegen Mitternacht wieder, ohne eine Spur gefunden zu haben.

Am nächsten Morgen weckte mich ein Rumoren auf Deck...ich raus... gerade sah ich noch ein japanisches Fischerboot abstossen. Die Wache machte ihr blödestes Gesicht. Nein, es sei nichts...sie hätten nur den Kerl, der so früh am Morgen mit Seide handeln wollte, von Deck geschmissen. Als ich wieder in der Kajüte war, glaubte ich, beim Steuermann nebenan Krach zu hören, und fragt durch die dünne Wand. "Ach", sagte eine verschlafene Stimme, "ich bin man bloss aus der Koje gepurzelt..."

Mittags ging ich zum Konsul. Ja, man wolle tun, was man könne. Was das auf gut Deutsch heisst, weiss Hein Seemann. Also lichtete ich am Nachmittag, einen halben Tag später, als ich Befehl hatte, die Anker.

Bei der Spättrunde am Abend - ich denk', ich bin besoffen - stand doch am Heck Klas Fedde, mein Dritter, mit den unschuldigsten Augen der Welt. Das Gewitter hätten Sie erleben müssen! Aber er sagte keinen Muck, bis ich fertig war, und erklärte nun seelenruhig, die verteufelten Japsen hätten ihn festgehalten und erpressen wollen. So beruhigte ich mich. Gerade wollte ich schlafen gehen, da klopfte es. Ich fluchte, machte aber auf, und Hansen kam in die Tür. Er habe da einen kleinen Tropfen... Wir setzten uns, und so ging es zwei, drei Stunden. "Und jetzt, Káp'n", sagte Hansen plötzlich, "sollen Sie auch ein grosses Geheimnis wissen: wir haben eine Frau an Bord."

Er liess mich toben, dann erklärte er: "Nein, ich habe die nicht hereingeschleppt. Ich wusste es, gewiss, aber der Erste wusste es genau so gut, und die Schuld hat der Dritte. Ihm gehört sie, Káp'n Hundertmark! Es ging nicht anders, sage ich Ihnen. Wir hätten Klas Fedde niemals ohne sie heil nach Europa geschafft. Ich will in dieser Minute wieder Decksmatrose auf einem alten Segelschinder sein, wenn ich die Unwahrheit rede. Wir haben Klas gesucht, und richtig fand ich ihn im Yoshiwara. Soweit trifft mich die Schuld, weil ich ihm die Gegend erschloss. Unter den Japanerinnen war eine richtige kleine Puppe mit porzellanenen Händen und Augen, wie gemalt. Sie sass in der Mitte der Teestube, hatte eine Laute in der Hand und zirpte wie ein Grashüpfer so dünn und wie Limonade so süss immer andere Lieder, Lieder von Schmetterlingen, die sich in Blumen verlieben, Lieder von Goldfischen und Pagoden und diesem Zeug. In die verguckte sich der Dritte - unglücklicherweise sie sich aber auch in ihn, und das war schlimm, weil sie noch ganz furchtbar jung war und nach geltendem Elternrecht von den Besitzern der Teestube irgendeinem alten Kaufmann für ein Vermögen verkauft werden sollte....

Irgendwann müssen sich die Beiden verständigt haben. Káp'n, wenn zwei verliebt sind und der eine spricht Hindostanisch, der andere Plattdeutsch, sie verstehen sich doch. Fedde hatte sich irgendwo im Teehaus versteckt, wurde mit der "Jasminduftenden", so heisst sie, erwischt... und was tun die Kerle mit einem dritten Offizier unsrer Handelsmarine? Binden ihn in einem Hinterzimmer an einen Bambuspfehl und an einen andern die Porzellanfigur. Konsulatskrach? Lieber Káp'n Hundertmark, wenn einer dieser prächtigen Ringer das gebogene Schwert nimmt, das bei diesen Kerlen immer 500 Jahre alt ist, dann nützt keiner Seele eine diplomatische Note in diesem Ordnungsstaat. Uns gegenüber waren die Herren Japaner höflich... man hatte ihnen geschäftlichen Schaden zugefügt, dem Mädchen den Aufenthalt im Hause, das Warten auf einen Krösus vergällt. Dafür verlangten sie die Kleinigkeit von 20 000 Yen. Wir sollten das Geld liefern..., dann könnten wir unsern Dritten wiederhaben, bei 10 000 Yen mehr das Mädél dazu.

Um es kurz zu machen, ich erzählte den drei Besten unsrer Leute, was los war, und gestern Nacht, als Sie, Káp'n, schliefen, machten wir uns daran. Die Matrosen mussten ins Teehaus. Wir lungerten im Garten. Gegen die erste Morgendämmerung gab es hinter den dünnen Mauern einen dumpfen Plumps. Dann hörte man leise Stimmen... Fünf Menschen traten aus dem hinteren Eingang: unser Dritter, die drei Leute und das Japanermädél. Was nun? Der Wächter lag betäubt auf der Matte; unsern Verliebten hatten wir in Freiheit... Die Jasminduftende hätte sterben müssen, wenn wir sie zurückgelassen hätten. Klas erklärte, er denke nicht daran, allein das Schiff zu betreten. Noch am selben Tage würde er sich auf dem Konsulat melden, trauen lassen..., und dann könne ihm niemand verweigern, seine Frau auf der "Trinitas" in seine Kabine und nach Deutschland zu bringen. Er habe die Suppe für das Mädél eingebrockt; also müsse er, als Kavalier, sie mit auslöffeln. Nun tun Sie, was Sie wollen! Nur eins halte ich für das Blödsinnigste, was Sie tun können: Krach machen!"

"Ich", meinte Káp'n Hundertmark, "sass da schön in der Patsche. Wir hätten eine Frau fremder Nation doch schliesslich ganz einfach geraubt. Hätte man den Dritten nur zum Konsulat gehen lassen, dann hätte ich die Sache gegenüber der Reederei vertreten können, und die Japanerin wäre unsrer Staatsangehörigkeit teilhaftig gewesen. Aber seine Kameraden wollten Fedde nicht so unüberlegt in eine Ehe mit einer Farbigen verwickeln. Fedde stellte mir schliesslich seine Begleiterin vor. Eine Puppe, sage ich Ihnen!

In Hongkong ging wieder nicht alles glatt. Es wurden sechs Tage. Drei, vier Stunden vor Klarschiff kamen ein paar Geldhäutige an Bord, um uns chinesischen Wein zu verkaufen, keine Chinesen, sondern Japaner. Auf Deck wurden wir nicht handelseins. Wir sassen noch zwei Stunden in der Messe, bis es finstere Nacht war. Und dann schlossen wir auf 300 Flaschen ab, die innerhalb einer Stunde abgeliefert werden sollten. Wir warteten aber noch eine

Stunde über die Zeit...kein Boot kam in Sicht. "Alle Mann an Deck...!"
Wer fehlt? Unser Dritter. Aufgeregtes Suchen. Der Steuermann riss die Kajüt-
tür auf: da lag ein Zettel, und auf dem stand, dass sie das Mädel und den
Dritten mitnahmen. Sie hatten die Beiden betäubt. Was aus ihnen geworden ist,
weiss ich bis heute noch nicht. Und das ist die Geschichte, die ich an Bord
der "Trinitas" mit meinem Dritten, Klas Fedde, und der Jasminduftenden aus dem
Yoshiwara erlebte. Fragen Sie Hansen; der weiss es ganz genau. Er ist dann
auch nie mehr auf dem Kasten nach Tokio gefahren....

Peter Bissig.

Montaigne.^x

(Zu seinem 400.Geburtstage.)

SPD. Der kühne Denker, der, am 28. Februar 1533 geboren und Michel de Montaigne geheissen, durch seine vier Bände "Essais" oder "Versuche" einen der grössten Namen in der französischen, ja, in der Weltliteratur errang, gab sich im Politischen gern stockkonservativ. Umsturz? Bürgerkrieg? Revolü-
tion? Um Himmels willen! Untertan sein der Obrigkeit pries er als erste aller Tugenden und predigte Achtung vor den Gesetzen, nicht weil sie gut, sondern weil sie Gesetze waren; bei einer gewaltsamen Umwälzung tauschte man nach seiner Meinung einen Zustand, der vielleicht nichts taugte, gegen einen anderen ein, von dem man nicht wusste, ob er besser war. Dass die Gegenwart allen Lobes ermangelte, blieb Montaigne nicht fremd; da Frankreich von Machtkämpfen unter religiöser Verkleidung zerrissen wurde, seufzte er über die "kranke Zeit", aber er hielt sich abseits und nahm nicht Partei; er war kein mutiger Bekenner wie sein jüngerer Zeitgenosse, der Dichter Agrippa d'Aubigné, der als eingefleischter hugenottischer Ketzler viermal zum Tode verurteilt wurde und in der Verbannung starb; der behagliche Lebensgeniesser Montaigne verspürte keinerlei Sehnsucht nach Galgen und Scheiterhaufen. Von Drang nach öffentliche Betätigung lebte nichts in ihm; den ehrenvollen Posten des Bürgermeisters von Bordeaux, den er vier Jahre bekleidete, musste man ihm aufnötigen, und richtig wohl fühlte er sich nur, wenn er sich, ein ganz privater Mensch, in seinem Schloss Montaigne in Périgord hinter Büchermauern verschanzte und allen Scharf sinn seines beweglichen Geistes in seine "Essais" einströmen liess; wichtiger, ein wohlgeformtes Buch zu hinterlassen als ein gutgeratenes Kind.

Aber da Montaigne trotz seines feudalen Namens im Bürgertum wurzelte, - das Vermögen, das der Familie Adelssitz und Adelstitel verschaffte, hatte sein Grossvater durch den Handel mit gesalzenen Stockfischen erworben -, führt ihm die bürgerliche Auflehnung gegen die überkommene, noch halb mittelalterliche Welt die Feder. Schon dass er der erste und ausgesprochenste Ichmensch seines Jahrhunderts war, dass seine amüsanten und glänzend stilisierten Plaudereien nur um die Achse seines Ich kreisten, dass er sein eigenes Wesen belauerte, behorchte, beschlich, um sich selber auf die Spur zu kommen, lag auf dieser Linie. Denn wenn die feudal-absolutistische Ordnung nur Stände kannte, stellte die bürgerliche Gesellschaft eine Vielheit von Individuen, von Einzelwesen dar. Den Menschen derart, von allen Bindungen losgelöst, als Einzelnen zu nehmen und den Rückzug auf das eigene Ich als das höchste Glück zu verkünden, wie es Montaigne ohne Unterlass tat, grenzte im 16. Jahrhundert schon fast an revolutionäre Gesinnung.

Zumal da er über seiner unerbittlichen Selbstbeobachtung nicht zur Erkenntnis ewiger Wahrheiten gelangte, ausser der einen, dass es keine ewigen Wahrheiten gibt. Sein Spott traf die anerkannten und abgestempelten Philosophen, die von einem göttlichen, einem Naturrecht schwatzten. Zeichen eines

Naturrechts, das der eingeborenen Natur des Menschen entsprach, war doch wohl die allgemeine und allseitige Anerkennung. In Wirklichkeit hatten jede Zeit, jedes Land, jedes Volk ihr eigenes Recht, ihre eigene Sitte, ihre eigene Wahrheit. Eine unveränderliche, eine ewige Wahrheit, wenn sie jenseits der Berge schon als Lüge galt? Lasst euch nicht anlachen! "Nichts ist", stellte Montaigne fest, "steter Bewegung so unterworfen wie die Gesetze: seit meiner Geburt habe ich sie bei unseren englischen Nachbarn drei- oder vielmehr wechseln sehen, nicht nur auf politischem Gebiet, wo man Beständigkeit nicht voraussetzen kann, sondern im Wichtigsten, nämlich der Religion". Der mit der klassischen Bildung des Humanismus Gepanzerte schüttelte auch Beweise aus der alten Geschichte und der lateinischen und griechischen Dichtung nur so aus dem Ärmel, um die Relativität aller menschlichen Erscheinungen und Einrichtungen darzutun; welche Posten er auch zusammenzählte, Endergebnis blieb das achselzuckende: Was weiss ich?, das der Wappenspruch seines Werkes war.

So leicht und fast frivol, so weltmännisch und lächelnd sich diese Skepsis auch zeigte, vor ihrem: Was weiss ich? zerbröckelten alle Autoritäten, die nur durch blinden, dogmatischen Glauben zu bestehen vermochten. Niemals mischte sich Montaigne unter die reformierten Ketzler; alle katholischen Gepflogenheiten machte er mit bis zu der letzten, bei seinem Tode, der ihn am 13. September 1592 ereilte, einen Priester zu bemühen. Gleichwohl verraten die "Essais", dass er im Grunde seiner Seele ein fröhlich gottloser Heide war. Er durchschaute, dass die Götter nichts als Spiegelbilder menschlichen Sinns und Trachtens waren; für die Philosophie hatte seine Weltanschauung, die er freilich nie in ein geschlossenes System zusammenfasste, ein warmes Plätzchen, keines für die Religion. Darum feierte ihn von den konsequenten Materialisten des 18. Jahrhunderts de la Mettrie als den ersten Franzosen, der es gewagt habe, zu denken, und während der Revolution rief Camille Desmoulins in seinem "Vieux Cordelier", als er von dem nahen "schönen Tod" des Katholizismus schwärmte, den Verfasser der "Essais" als Schwurzeugen an, da er die Kirchen als Anstalten für Schwachsinnige betrachtet habe, die man bis zur allgemeinen Verbreitung der Vernunft bestehen lassen müsse, aus Angst, dass sonst die Narren tobstüchtig würden.

Aber auch irdische Dinge, an denen kaum ein Zeitgenosse zweifelte, löste dieser Zerkener ererbter Wertbegriffe im Scheidewasser seines Zweifels auf. Die Rechtspflege, käuflich und verderbt, wie sie war, hatte keinen Bestand vor seinem prüfenden Auge, er verwarf Folter und Todesstrafe, und der Krieg dünkte ihn ein schreckliches Übel, eine Pest der Menschheit. Der seines Steinleidens wegen die Bäder der Schweiz, Deutschlands und Italiens aufsuchte, liebte es, zu reisen, weil es eine sehr nützliche gegenseitige Reibung der Hirne mit sich bringe, und sein Denken war ganz kosmopolitisch: "Ich schätze alle Menschen als meine Landsleute und drücke einen Polen wie einen Franzosen an die Brust, denn der allgemeinen und gemeinsamen Bindung ordne ich die nationale Bindung unter". Leicht geneigt, die ganze Gesellschaftsordnung, die Zivilisation als solche zu verneinen, bestritt er seinesgleichen sogar das Recht, die Wilden Wilde zu heissen, weil sie andere Sitten und Gebräuche hatten. Die Erzählung von einem Besuch dreier solcher Kannibalen bei Karl IX. in Rouen benutzte er, einen seiner spitzesten Pfeile von der Sehne zu schnellen; er berichtete, sie hätten auf die Frage, was ihnen bei den Weissen am meisten auffalle, geantwortet: dass es hier Menschen gebe, vollgepfropft mit allem Luxus, und andere, bettelnd an deren Tür, abgezehrt von Hunger und Armut, "und sie fänden es merkwürdig, dass diese Bedürftigen eine solche Ungerechtigkeit duldeten, anstatt die Andern an der Gurgel zu packen oder Feuer an ihre Häuser zu legen".

Der in der Betrachtung der meisten Dinge seine Zeitgenossen weit hinter sich liess, rührte hier im keineswegs konservativen Sinn an die soziale Frage kommender Jahrhunderte.

Hermann Wendel.

Das Ehrenmal des Vergessens. ^x

SPD. In Berlin Unter den Linden steht ein Ehrenmal zum Gedächtnis der Gefallenen des grossen Krieges. An einem bestimmten Tage der Woche führt mich mein Weg dort vorbei. Das heisst, nicht eigentlich vorbei, denn mit einer merkwürdigen Regelmässigkeit, wie unter einem Zwange, opfere ich jedesmal ein paar Augenblicke, die ich in der Halle verweile. Ich weiss nicht, ob es ein unbewusster Akt der Pietät ist, den ich da ausübe, oder ob es die ästhetische Freude an der einfachen, klaren Linienführung des Innenraumes ist; kurz, ich komme nicht vorbei, ohne nicht wenigstens einen Blick hineingeworfen zu haben.

Es wäre übertrieben, zu behaupten, dass das Ehrenmal stark besucht sei. Nur gelegentlich, bei offiziellen Anlässen, sieht man dort grössere Menschenmengen, Abordnungen von Vereinen und Verbänden. Dann häufen sich die Kränze, und die feierlichen Zylinderhüte neigen sich grüssend vor den Manen der Gefallenen.

An den gewöhnlichen Tagen, den Privattrauertagen gewissermassen, halten sich immer nur ein paar Menschen in der Halle auf. Manche legen still einen Kranz oder ein paar Tannenzweige auf den Boden; auf einer Schleife steht dann wohl "Unserm Emil" in einem rührend naiven Traueregoismus, als wollten sie sagen: Nur dir gilt unsere Trauer, keinem andern. - Und dann gehen sie hinaus mit einem befreiten Gefühl, als wähten sie, der Tote müsse wissen, dass sie ihm, nur ihm zum Gedenken den Kranz niedergelegt haben.

Manchmal scheint es mir, wenn ich diese Menschen betrachte, als wären es immer dieselben. Die Frauen, die ich dort sehe, sind immer schwarz gekleidet, und sie haben alle dieselben müden, vergrämten Gesichter. Und die Männer verschwimmen in meinen Augen alle zur gleichen Gestalt des alten, gebeugten Mannes, dem ich einmal dort begegnete, und der starr, mit nach innen gewendeten Augen, den Goldkranz auf dem Stein in der Mitte betrachtete.

Gleich mir scheint noch ein anderer ständiger Gast sich öfter an dieser Stätte einzufinden. Mehrmals schon habe ich einen Mann in den mittleren Jahren gesehen, der in einer Ecke steht, die Trauernden beobachtet und dann mit einem, wie mir scheint, leise spöttischen Lächeln davongeht.

Da wir uns schon einige Male am Eingang begegnet sind, nicken wir uns grüssend zu, und neulich sprach er mich beim gemeinsamen Hinausgehen an. "Verzeihen Sie, aber es ist nicht häufig, dass man einen jungen Menschen hier sieht -".

Sein sympathisches Gesicht, obwohl es ernst, fast düster war, erweckte mein Vertrauen, und ich gestand ihm die mir im Grunde unerklärliche Vorliebe für diesen Ort. "Und Sie selbst?" frage ich ihn dann.

Er lächelte leise. "Ich beobachte die Menschen, die trauernd hierher kommen, und ich frage mich, ob sie wohl fähig und willens wären, ein neues Morden zu verhindern."

Ich blickte ihn fragend an.

"Aber ich glaube es nicht. Wissen Sie, ich bin Kriegsteilnehmer, und ich bin das Grauen noch nicht los geworden. Vielen andern wird es ebenso gehen. Doch die nicht draussen waren, die Alten, und - die Jungen? Sie wissen nicht, wie wir starben, sie heroisieren unsern Tod und betrauern uns in Schönheit. Aber unser Sterben war nicht heroisch, sondern - es war ein ekelhaftes Morden. Und deshalb ist das hier nicht ein Ort, dieser Toten zu gedenken, sondern zu vergessen. Man hänge an den Wänden dieser Halle die lebensgrossen Photos verstümmelter und zeretzter Gefallener auf, - ja, es wäre wohl kein schöner Anblick, er würde eher Entsetzen erregen, aber dann, dann würden wir glauben, dass ihr die Toten nicht vergessen habt und neue Opfer verhindern wollt".

Damit nickte er mir noch einmal zu, und ich hatte das Gefühl, als habe einer aus einer andern Welt zu mir gesprochen.

Erich Sachsenröder.

SPD. Kaum ein französischer Künstler des 19. Jahrhunderts hat ein so umfangreiches Lebenswerk hinterlassen wie der vor 125 Jahren - am 26. Februar 1808 - geborene Honoré Daumier. Dieser wahrscheinlich grösste von einer satirischen Lebenseinstellung ausgehende Künstler hat Hunderttausende von Wasserfarbenblättern, Zeichnungen und Lithographien geschaffen. Ganz zu schweigen von seinen malerischen Bemühungen, die allerdings von seinen Zeitgenossen abgelehnt und erst nach seinem Tode auf ihren wahren Wert hin erkannt wurden.

Man sollte annehmen, dass eine derartig unermüdlich schöpferische und für die damalige Epoche wahrhaft markante Persönlichkeit schon auf Grund des riesigen Umfangs des geschaffenen Werks in zum mindesten erträglichem Verhältnisse gelebt habe. In Wirklichkeit jedoch war genau das Gegenteil der Fall. Daumier, der zuerst Laufbursche bei einem Advokaten, dann Lehrling bei einem Buchhändler war, und der sich ganz aus eigener Kraft zu seinem unvergleichlichen Künstlertum emporgearbeitet hat, fristete buchstäblich sein ganzes Leben lang ein kümmerliches Dasein. Eigenwillig war er dabei auch und hielt nichts von äusseren Ehrungen. Deshalb schlug er auch das Kreuz der Ehrenlegion aus, das man ihm 1870 anbieten wollte. Um ihn nicht ganz verhungern zu lassen, setzte sich schliesslich ein anderer grosser französischer Maler, Camille Corot, dafür ein, dass er wenigstens von der dritten Republik eine kleine Pension erhielt. Corot schenkte Daumier auch das von ihm bewohnte Landhaus in Valmondois, um ihn wenigstens von den Wohnungssorgen zu befreien.

Als Daumier am 10. Februar 1879 im Alter von fast 71 Jahren in diesem Landhause starb, war das finanzielle Ergebnis seines wirklich arbeitsreichen Künstlerdaseins so gering, dass er auf Staatskosten beerdigt werden musste, weil die Mittel zur Bestattung fehlten. Immerhin sah man nach seinem Tode ein, dass man sich viel zu wenig um das Wohlergehen dieses grossen Künstlers bemüht hatte. Der Leichnam wurde deshalb 14 Monate später aus der armseligen Gruft in Valmondois exhumiert und am 14. April 1880 mit einem gewissen Pomp auf dem Pariser Friedhof Père Lachaise beigesetzt. Ein schlechter Trost für einen grossen Toten, wie man ihn aber heute wie gestern immer wieder erlebt.

O.B.

SPD. Sächsische Philosophie.^x "Jjja, 's is gomisch. Wemms nich had, da winschd mr sich's."

"Das is doch meerschdensdeels mid aller Sachen so."

"Ja, aber die Sache, die ich meine, is anders. Wemms had, will mrs widr los sein."

"Nana. Erschd wischen Sie sich's, und wenn Se's haben, wolln Se's widr los sein? Das gibd's doch garnich."

"Doch. Gesdrn hadde ich's nich, da winschde ich mir's. Heude habe ich's, da wäre ich froh, wenn ich erschd zu Hause wäre und gönnde's wegschaffen."

"Nu saachn Se endlich mal, was es is."

"Mei Abbedid."

SPD. Neues im Rundfunk.^x "Neulich hörten wir im Rundfunk eine Uebertragung aus dem Zoo. Deutlich war das Brüllen der Löwen zu hören."

"Sehr interessant. Löwen sind neu. Esel hört man ja des öfteren im Rundfunk."
